

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1928**

297 (19.12.1928) Beilage des Volksfreund



Karlsruher Chronik

Karlsruhe, den 19. Dezember 1928.

Geschichtskalender

19. Dezember. 1793 Konventstruppen erobern Toulon. 1. Aufzug Napoleons. — 1890 Belgischer Sozialist Celar de Raede. — 1918 Anatomischer Sozialist Edward Bailliant. — 1918 Anatomischer Sozialist Eduard Bailliant. — 1918 Anatomischer Sozialist Eduard Bailliant. — 1918 Anatomischer Sozialist Eduard Bailliant.

Karlsruhe unter den deutschen Großstädten in der neuesten Volksbewegung

Die Geburtenziffer, dritt-niedrigste Säuglingssterblichkeit der Großstädte. Alle dreihundertwanzig deutschen Großstädte der zweiten Klasse, die 100 000—200 000 Einwohner weisen im zweiten Vierteljahr als dem letzten Berichtsjahr, 7506 Geburten und 10 101 auf. Davon entfallen auf Karlsruhe, die lebhafteste Stadt der zweiten Gruppe von Großstädten, nach den Untersuchungen des statistischen Jahresberichts des Deutschen Städtebundes über die neueste Bevölkerungs- und Geburtenbewegung der deutschen Städte, 381 Geburten. Auf das Tausend der mittleren Bevölkerung und auf ein Jahr berechnet haben wir im Durchschnitt aller Großstädte zweiter Klasse 10,6 Geburten, in Karlsruhe dagegen 10,1. Karlsruhe gehört zu den elf Städten, die unter dem Durchschnitt aller Großstädte dieser Gruppe liegen, nimmt den 10. Platz in der absteigenden Reihe dieser Gruppe ein, gemeinsam mit Elberfeld, das dieselbe Verhältniszahl von 10,1 aufweist. Nebenliche Häufigkeit der Geburten in Karlsruhe treffen wir in Kassel sowie Krefeld mit 10,0; Mühlheim (Ruhr) sowie Oberhausen mit je 10,3; Plauen mit 10,5; Münster i. W. sowie Saana i. W. mit 9,5 Geburten auf das Tausend der Bevölkerung. Die größte Häufigkeit der Geburten besitzt mit der Verhältniszahl 12,2 Ludwigshafen und mit 12,0 Mönchengladbach; die geringste Häufigkeit die Verhältniszahl mit 8,1 und Hindenburg (O-Schl.) mit 9,2 Geburten auf das Tausend der Bevölkerung.

Die Lebensdauer finden wir während des zweiten Vierteljahres 1928 in allen 23 Großstädten zweiter Klasse 12 449, in Karlsruhe 706. Im Durchschnitt dieser Großstädte macht das 17,5 Jahre auf das Tausend Einwohner, Karlsruhe zählt 18,7 Lebensjahre auf das Tausend der Bevölkerung und beweist sich mit einem Städte über dem Durchschnitt dieser Großstadt-Gruppe, den achten Platz es mit seiner Verhältniszahl für die Säuglingssterblichkeit. Am nächsten kommen an Karlsruhe in der Säuglingssterblichkeit die Städte Luden mit 17,3; Augsburg mit 18,2; Mainz mit 19,9; Mönchengladbach mit 20,3; Hagen mit 18,1; Erfurt mit 17,9; Elberfeld mit 17,7 Lebensjahre auf das Tausend der Bevölkerung. Die Säuglingssterblichkeit der Städte bis zur Verhältniszahl 23,5 in Hagen und 22,3 in Hindenburg sowie Ludwigshafen; sie sinkt mit der Verhältniszahl 12,7 in Barmen und 13,0 in Krefeld. In Karlsruhe über ein Jahr alt zählen alle 23 Großstädte in der Verhältniszahl dieser Großstädte 10,5 Geburten auf das Tausend der Bevölkerung, sind es in Karlsruhe deren 11,0. Karlsruhe steht also unübertroffen als diejenige Stadt, die unter allen anderen Städten, nimmt dabei den sechshöchsten Platz in der Städtegruppe ein.

Die Sterblichkeit der Städte bis zur Verhältniszahl 23,5 in Hagen und 22,3 in Hindenburg sowie Ludwigshafen; sie sinkt mit der Verhältniszahl 12,7 in Barmen und 13,0 in Krefeld. In Karlsruhe über ein Jahr alt zählen alle 23 Großstädte in der Verhältniszahl dieser Großstädte 10,5 Geburten auf das Tausend der Bevölkerung, sind es in Karlsruhe deren 11,0. Karlsruhe steht also unübertroffen als diejenige Stadt, die unter allen anderen Städten, nimmt dabei den sechshöchsten Platz in der Städtegruppe ein.

Wichtige Lohnsteuerbestimmungen. Das Reichsfinanzministerium hat für die Abführung der Lohnsteuer wichtige Bestimmungen erlassen, die für die Arbeitnehmer von erheblichem beachtenswert sind. Darnach müssen Arbeitgeber, die durch Überweisung abgeführt haben, für jeden am 31. Dezember 1928 in ihrem Dienst stehenden Arbeitnehmer dem Finanzamt eine Steuerkarte für 1928 übergeben. Dazu gehört eine Bescheinigung über Lohnhöhe und Steuerbetrag nach voranschreitendem Kalenderjahr 1928 die Lohnsteuer ihrer Arbeitnehmer am 10. Januar 1929 an das Finanzamt zu übergeben. Die Steuerkarte ist dem Arbeitnehmer zu übergeben, in dessen Besitz die Steuerkarte 1928 ausgehändigt werden soll. Für die übrigen im Jahre 1928 bei ihnen beschäftigt gewesen, aber vor dem 31. Dezember 1928 ausgehändigten Arbeitnehmern, in deren Besitz die Steuerkarte 1928 ausgehändigt worden ist, Überweisungsblätter übergeben. Die entsprechenden Überweisungsblätter werden von den Finanzämtern unentgeltlich geliefert. Arbeitnehmer, für die im Kalenderjahr 1928 Steuermarken ausgestellt worden sind, müssen die in ihrem Besitz befindlichen Steuermarken für 1928 mit den mit Marken beklebten Einlagebogen am 15. Januar 1929 bei dem Finanzamt abliefern, in dessen Besitz sie am 10. Oktober 1928 gewohnt haben.

Aus alter Zeit ins Tempo von heut. Das heißt die neue Weihnachts-Varieté- und Revue, die unsere beste und größte hiesige Kleinkunst, das Kolojeum, ihrem Publikum vorsetzt. Nach den modernsten und ganz modernen Reueen ist diese Schau eine ausgezeichnete Abwechslung. Das Gesangs- und Tanzprogramm ist eine hervorragende, kein differenzierte, mit größter Gewürze und vielseitig vitante Kunst. Das Programm zerfällt in zwei Teile, in „wie wars früher“ und „wie its heut“. In dem Zirkus der Gesangs- und Tanzprogramme wird uns dasmal eine große, brillante, außergewöhnliche Galavorstellung produziert, wozu eine gut turnende Luftke, die Dame ohne Knochen, ein arabischer Vollbluthengst durch Mabeleine Spadoni, die Luft-Clowns Bodini und Marinetti, Zauberflüster Bellaghi, Marion Spadoni auf der Stute Farfalla, sieben sehr bewegliche Wüstenjöhne auf die Bühne demüht werden. Eigenartig wirken die Kostüme von früher, in denen gespielt wird, wie auch die gut dressierten Pferde auf der verhältnismäßig kleinen Bühne. Die Vortragsfolge wird dann wie zu Beginn durch ein paar nett gezielte Worte von einer der Schwestern Spadoni in das „Heute“ überleitet. Die hier geseigten Leistungen verdienen uneingeschränkte Anerkennung. Tänzerisch, mimisch, komisch, bezaubernd, lang verständig-gedanklich ist hier ein wohlbestimmtes Raout erklaffiger Kleinkunst fabriziert worden. Die Tanzsinnige Mona, der argentinische Sänger José Urbarrí, das spanische Mädchen und der hiesige Zauberarten tragen in jeder Beziehung erinnernd hervor. Dominierend in einpräglicher Eigenart ist Fritz Weiss in den gewöhnlichen schwebenden Bauernmäßen, Zianola mit dem Chief blue Sky und nicht zu verassen die ganz hervorragenden, urförmigen Musikalhumoristen Fernando-Lanti-Melas zu bewerten. Hierbei wurde das Auge, Gehör, der Sinn für eigenartig gefingerte Delikatessen vollst befriedigt. Man kann rubia anerkennen, daß Spadoni Sisters, die beiden schönen Schwestern, als Leiterinnen dem Publikum etwas vorsetzen, was gute Aufnahme verdient. Um nicht zu verassen, ist die Kavalle unter Dr. Hans Kainz mit Erfolg in der Richtung guter musikalischer Musikrichtung tätig. Das Weihnachtsprogramm des Kolojeums ist dazu ansetzen, das Haus allabendlich zu füllen. Schir.

gramm zerfällt in zwei Teile, in „wie wars früher“ und „wie its heut“. In dem Zirkus der Gesangs- und Tanzprogramme wird uns dasmal eine große, brillante, außergewöhnliche Galavorstellung produziert, wozu eine gut turnende Luftke, die Dame ohne Knochen, ein arabischer Vollbluthengst durch Mabeleine Spadoni, die Luft-Clowns Bodini und Marinetti, Zauberflüster Bellaghi, Marion Spadoni auf der Stute Farfalla, sieben sehr bewegliche Wüstenjöhne auf die Bühne demüht werden. Eigenartig wirken die Kostüme von früher, in denen gespielt wird, wie auch die gut dressierten Pferde auf der verhältnismäßig kleinen Bühne. Die Vortragsfolge wird dann wie zu Beginn durch ein paar nett gezielte Worte von einer der Schwestern Spadoni in das „Heute“ überleitet. Die hier geseigten Leistungen verdienen uneingeschränkte Anerkennung. Tänzerisch, mimisch, komisch, bezaubernd, lang verständig-gedanklich ist hier ein wohlbestimmtes Raout erklaffiger Kleinkunst fabriziert worden. Die Tanzsinnige Mona, der argentinische Sänger José Urbarrí, das spanische Mädchen und der hiesige Zauberarten tragen in jeder Beziehung erinnernd hervor. Dominierend in einpräglicher Eigenart ist Fritz Weiss in den gewöhnlichen schwebenden Bauernmäßen, Zianola mit dem Chief blue Sky und nicht zu verassen die ganz hervorragenden, urförmigen Musikalhumoristen Fernando-Lanti-Melas zu bewerten. Hierbei wurde das Auge, Gehör, der Sinn für eigenartig gefingerte Delikatessen vollst befriedigt. Man kann rubia anerkennen, daß Spadoni Sisters, die beiden schönen Schwestern, als Leiterinnen dem Publikum etwas vorsetzen, was gute Aufnahme verdient. Um nicht zu verassen, ist die Kavalle unter Dr. Hans Kainz mit Erfolg in der Richtung guter musikalischer Musikrichtung tätig. Das Weihnachtsprogramm des Kolojeums ist dazu ansetzen, das Haus allabendlich zu füllen. Schir.

dem Chief blue Sky und nicht zu verassen die ganz hervorragenden, urförmigen Musikalhumoristen Fernando-Lanti-Melas zu bewerten. Hierbei wurde das Auge, Gehör, der Sinn für eigenartig gefingerte Delikatessen vollst befriedigt. Man kann rubia anerkennen, daß Spadoni Sisters, die beiden schönen Schwestern, als Leiterinnen dem Publikum etwas vorsetzen, was gute Aufnahme verdient. Um nicht zu verassen, ist die Kavalle unter Dr. Hans Kainz mit Erfolg in der Richtung guter musikalischer Musikrichtung tätig. Das Weihnachtsprogramm des Kolojeums ist dazu ansetzen, das Haus allabendlich zu füllen. Schir.

Pläne und Gefahren in der Gasfernversorgung

Die Absichten der Ruhrzechen, in Süddeutschland ihr Gasmonopol zu verwirklichen — Was sie mit Karlsruhe vorhaben

In mehreren Artikeln haben wir schon die Gasfernversorgung behandelt und in Anbetracht der Wichtigkeit des Problems wurde diese gerade für die Kommunen so bedeutungsvolle Angelegenheit von der sozialdemokratischen Kommunalpolitik mit größtem Interesse verfolgt und auch die Karlsruhe sozialdemokratische Parteizentrale hat sich verschiedene Vorträge zur Gasfernversorgung von sachverständiger Seite erlassen lassen und Stellung dazu genommen. Wenn es nun den Anschein erhebt, daß die Frage der Gasfernversorgung in letzter Zeit nicht mehr so energisch ventiliert werde wie vor einigen Monaten, so war dies eine Täuschung, denn hinter den Kulissen wurde weiter gearbeitet. Darüber berichtet der Wortwart folgendes, das für uns in Süddeutschland von doppeltem Interesse ist:

Nach der ganzen Entwicklung der Dinge war es klar, daß die Lösung der Ferngasprobleme in Südwest- und in Süddeutschland

die Art der Verhandlungen, Angebote und Pläne zwischen den süddeutschen Zechen, sei es unter sich oder mit den Ruhrzechen, der Rhein- und Ruhrzechen werden würde für die Frage, ob sich die Ruhrzechen mit der wirtschaftlichen Lösung gebietlicher Gruppenverordnungen vereinbarte Konsumgebiete abfinden oder ob sie ihre Monopolrechte nach wie vor verfolgen. Es ist bekannt, daß die Ruhrzechen allen Anlaß hätten, ihre früheren Monopolrechte endgültig anzugeben. Für die deutsche Gasfernversorgung, wo sie die Ruhrzechen beabsichtigt hätten, sprechen heute keine wirtschaftlichen Gründe mehr. Die Ruhrzechen haben nur noch die höchst negative Chance, daß die öffentliche Hand bzw. die öffentlichen Werke sowie die Städte und Provinzen finanziell durch die betannte Politik der Beratungsstelle furs gehalten werden und die gruppenorientierte Gaswirtschaft sehr zum Schaden der Gesamtwirtschaft sich weniger schnell entwickeln kann, als es möglich und erwünscht wäre. Es ist auch bekannt, daß die Ruhrzechen mit den Zechen der Ruhrgas-WG-Eisen, weil sie kaum Erfolge aufzuweisen hatten, und weil das Experiment allmählich sehr teuer wurde, sehr wenig zufrieden sind, und daß aus diesem Grunde die heute selbständige hiesige Ferngasgruppe und die Ruhrgas-WG, in Essen innerlich geworden sind. Nichtsdestoweniger konnte die Öffentlichkeit bisher annehmen, daß sowohl die von Herrn Lense geleitete Rhein-Gesellschaft als auch die von den Herren Seipel und Port geleitete Ruhrgas-WG zu ihren früheren programmatischen Erklärungen stehen, daß sie nicht daran denken, ein Gasmonopol und das diesem notwendige folgende Kohlenmonopol anzutreten.

Aus allgemeineren Gründen, die für die Zukunft von größter Bedeutung sind, liegen heute die Probleme der deutschen Gaswirtschaft besonders in Süddeutschland komplizierter als früher. Es ist in der deutschen Öffentlichkeit klar geworden, daß die halbmonopolistische Anstrengung

Wiedererlangung des Saargebietes

in die deutsche Wirtschaft zur Voraussetzung hat, daß der Saarbezirk durch den Export von Saarkohle bzw. elektrisch oder gasförmig veredelter Saarkohle nach Deutschland eine ausreichende Existenzmöglichkeit gelassen werden muß. Das Elektro- und Zementkapital an der Ruhr hätte bisher nicht bewiesen, daß es für diese hochbedeutenden allgemeinen Fragen genügend Verständnis hätte. Wir waren deshalb in der Vergangenheit oft besonnen, auf die dem Saargebiet vom Ruhrkapital drohenden Gefahren mit äußerstem Nachdruck hinzuweisen.

Es zeigt sich heute leider, daß alle auf die Vernunft der privaten Ruhrzechen von der Öffentlichkeit geheuten Erwartungen vergeblich gewesen sind. Wir sind in der Lage, die Pläne mitzuteilen, die die Ruhrzechen bzw. die Leiter der beiden Ruhrgasgesellschaften hinsichtlich der Aufschaltung Süddeutschlands verfolgen; Pläne, die in hohem Maße überraschend schrecklich und verheerend für die Öffentlichkeit wirken müssen. Was das Saargebiet anbetrifft, diese voraussichtlich noch laune schwärzende und später nur mit sehr großen Kosten zu heilende Wunde im deutschen Westen, so zeigen die Pläne leider, daß ein Entsaftenkommen und eine Berücksichtigung der Saarinteressen nur vorzuziehen, nicht aber ersthaft ins Auge gefaßt wird.

Die Pläne der Ruhr

sind nach den uns heute bekannt gewordenen Vorstufen kurz folgende: Für Süd- und Südwestdeutschland wird der Gedanke einer gezielten Zusammenfassung der Konventionen und der zentralen Gruppenorganisation unter öffentlicher Führung grundsätzlich ausgeschlossen. Die Ruhrzechen verfolgen mit den Saargebiet eine „Verständigungspolitik“ über die Aufstellung Süddeutschlands, deren Ziel ganz klar trotz aller scheinbar abweichenden Rauten die allmähliche Errichtung eines Gasmonopols und die allmähliche Ausschaltung jeder öffentlichen Gasversorgung ist, wobei man sich Süddeutschland nur als eine Etappe denkt und das Saargebiet so gering bezieht, daß die Öffentlichkeit vor der später vorzunehmenden Einbürgerung von Saarkohle nach Deutschland nach diesem Beispiel die größten Sorgen haben muß. Nach den Plänen sollen sich die beiden Kohlenzechen darüber „verständigen“, daß Süddeutschland, und zwar das

ganze Gebiet südlich von Gießen, zusammengefaßt werden, seine eigene Gasversorgung einschränken und das Gas von Kohlenzechen beziehen soll. Ein weiterer Ausbau örtlicher Gaswerke, selbst der größten, findet nur statt wenn derselbe technisch wirtschaftlich gerechtfertigt ist (was das heißt, bestimmen die näheren Einzelheiten des Plans), oder aus Sicherheitsgründen für erforderlich erachtet wird. Für die zunächst noch ausstehende Erweiterung von städtischen Werken wird grundsätzlich die sogenannte Randverifikation, das heißt, der allein wirtschaftliche Dreifachbetrieb ausgeschlossen. Wenn aber zu diesem Betriebe übergegangen werden sollte, dann sind die Städte gezwungen, das Gas entsprechend billiger einzusetzen zu erziehenden Versorgungsanstalten zur Verfügung zu stellen. Durch den Anschluß der Randverifikation bei den eventuell vorläufig aufrecht zu erhaltenden großen Werken versucht also das Ruhrkapital, sich von vornherein die Überlegenheit zu sichern und jeden rationalen Ausbau der öffentlichen Erzeugung hintanzuschieben.

Keinesfalls darf der im Dreifachbetrieb öffentlich erzeugte Gasanteil ein Drittel der sogenannten Süddeutschen überschreiten (1), so daß endgültig in dem gesamten Süddeutschen Gebiet von öffentlichen Werken dauernd nur ein Fünftel des Stadtgasbedarfes erzeugt werden darf, während die Rünftel von den Kohlenzechen geliefert werden soll. Außerdem soll das gesamte Industriegebiet von den Kohlenzechen ausschließlich geliefert werden.

Am dem Einfluß des Ruhrkapitals auch in den eventuell aufrechtzuerhaltenden öffentlichen Werken zu festigen und schließlich unerschütterlich zu machen — zur Vermeidung wird allerdings auf die Vermittlung des Selbstverbraucherrechtes hingewiesen —, sollen die öffentlichen Einzelwerke mit den gasliefernden Zechengesellschaften in gemeinsame Gesellschaften eingebracht werden.

Um das mit Recht mährtrauische Saargebiet zu beruhigen, werden die Deklamationslinien vorgezeichnet. Es wird von der Eifel nach Fulda eine Linie gezogen, von der aus nördlich der Ruhr alles ausschließlich gehören soll. Dann wird von der mittleren Mosel eine Linie nach Worms gezogen, die mit der erkrankten West-Ostlinie das Interessengebiet der Saar umschließt. Das ganze übrige Gebiet südlich und östlich der beiden Linien, das heißt

alles zwischen der Tschöschowafel, dem Rhein, den Alpen und südlich von Gießen, soll ein im wesentlichen von der Ruhr zu beherrschendes Aufschlußgebiet für Ruhrgas werden, dem man nur die Form einer gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft mit öffentlicher Majorität deshalb geben will, um die Beherrschungsabsichten besser verbergen zu können. Was in diesem ganzen süddeutschen Gebiete liegt, also alle Städte und Gemeinden, soll unter Stilllegung aller kleinen und mittleren Werke in die gemischtwirtschaftliche Gesellschaft eintreten.

Diese gemischtwirtschaftliche Gesellschaft leitet zunächst Hochdruckleitungen, erst in der Richtung Wehlar-Heidelberg, also mit Anschluß an die Ruhr, und von dort aus nach Stuttgart und Karlsruhe, während der Versorgungsanschluß der Saar in die Gegend von Mannheim geführt werden soll.

Je weiter südlich die Stränge der Saar laufen, um so besser (für die Ruhr!), wie es nain in den Plänen heißt. Was in dieses ganze Gebiet geliefert wird, soll zu drei Vierteln der Ruhr und nur zu einem Viertel der Saar zufließen. Man beachte: ein Viertel für die Saar in das Gebiet der Saarkohle!

Wer darf solche Pläne fördern?

Was hier von den Ruhrzechen als Plan entwirrt wird, schlägt allem, was man an Vernunft bisher erwarten durfte, besonders wenn man den Schleier der scheinbaren Zugehörigkeit an das Saargebiet und an die Städte durchhaut, ins Gesicht. Diese Pläne sind im höchsten Maße alarmierend. Sie sind alarmierend für alle Verantwortlichen in Süddeutschland, Staatsregierungen, Provinzialverwaltungen, Bürgermeister und Stadtparlamente, von denen manche bisher den treuen Augen der Ruhrherren nur allzu leicht vertraut haben. Sie sind alarmierend für alle ersten Sachwalter der Konsumanteninteressen und der öffentlichen Betriebe, die bisher geglaubt hatten, daß wenigstens für Süddeutschland keine direkte Gefahr der Monopolisierung besteht. Sie sind alarmierend für alle Treuhänder der Saarkohleninteressen, wo man sie auch suche, und sie müssen alarmierend sein auch für alle Ministerien und Behörden, die bisher die Pläne der Ruhrzechen sichtbar oder unsichtbar, aber unterirdisch abtauben fördern zu dürfen. Es ist kein Zweifel, daß hinter diesen Plänen nach wie vor die Absicht steht, zwar allmählich, aber doch sicher, ein Gas- und Kohlenmonopol zu errichten und damit die Grenzen, die das Gesetz und die Konkurrenz bisher aufgerichtet haben, niederzureißen.

Es ist kein Zweifel, daß die deutschen Konventionen in diesen Plänen ganz ausschließlich als Objekt, niemals aber als Subjekt mit wirtlichen eigenen Rechten und Einflußmöglichkeiten behandelt werden sollen.

Es ist kein Zweifel, daß auch das Saarland jetzt auf die höchsten Garantien achten muß, die ein öffentlicher Kontrahent ihm bietet. Wir wollen uns heute begnügen, auf diese Dinge hinzuweisen. Nachdem die Pläne der Ruhrzechen aber klarliegen, nachdem nur die engste und festeste Zusammenarbeit aller öffentlichen Stellen gegenüber diesen Plänen die Wahrung der öffentlichen Interessen zu sichern vermag, muß es auch ein Ende mit der Vertrauenspolitik haben, die man den Ruhrzechen bisher an taubte entgegenbringen zu dürfen.

Gegen die Ruhrgasfernversorgung

Der Vizepräsident des Deutschen Städtebundes Dr. Elias Berlin sprach in Stuttgart in einer durch aus zahlreichen anderen Orten Süddeutschlands stark besuchten Versammlung über die Fragen der Gasfernversorgung. Er wendete sich dabei mit Entschiedenheit gegen die Durchführung der Ruhrgasfernversorgung. Sie würde ganz Deutschland von einer an der Grenze Deutschlands gelegenen Zentrale abhängig machen. Bei politischen Konflikten und Arbeitskämpfen würde das zu schweren Gefahren für die Gasverbraucher führen. Die Ruhrgasfernversorgung würde den Kohlenindustriellen neben ihrem Kohlenmonopol auch noch ein weiteres Monopol lebenswichtiger Rohstoffe aufhängen. Die wichtigsten Brennstoffe für ganz Deutschland hätten dann die Ruhrindustriellen ohne jede Konkurrenz in der Hand. Den Städten würden über kurz oder lang, wenn sie ihre Eigenbetriebe aufgeben haben, der Gaspreis, Kohlepreis und Teerpreis diktiert werden. Dabei sei heute die Gasförmige Erzeugung in den deutschen Werken billiger als die des Zementförmigen. Tatsächlich bedeutet der Kohleerzeugung von Ruhrgebiet eine Verteuerung von mehr als einem Fünftel pro Kubikmeter.

Als Endergebnis seiner Untersuchungen kam Dr. Elias zu der Ansicht, daß volkswirtschaftlich betrachtet, die Ruhrgasfernversorgung in der Hauptsache nur große Nachteile mit sich bringen würde und daß im Interesse der öffentlichen Wirtschaft und der einzelnen Verbraucher den Maßnahmen der Ruhrindustriellen ein Damm vorgehalten werden muß, indem

die kommunalen Betriebe weiter ausgebaut werden und sich durch Zusammenfassung und Gruppengasfernversorgung von den deutschen Städten aus, einer notwendigen und wünschenswerten Rationalisierung unterziehen.